

BÜCHER

Verdunstete Hilfe

Volker Seitz war 17 Jahre lang Diplomat in Afrika, zuletzt in Kamerun. Jetzt zieht der Ex-Botschafter eine niederschmetternde Bilanz: „Das Modell der westlichen Entwicklungshilfe mit Hilfgeldern und regelmäßigem Schuldenerlass ist gescheitert“, schreibt der Afrika-Kenner in seinem neuen Buch. Zwischen 1960 und 2006 seien bis zu 2,3 Billionen Dollar nach Schwarzafrika geflossen, ohne dass sich dadurch die Lebensumstände der Menschen verbessert hätten. „Bei einer ehrlichen Bestandsaufnahme stellt man fest, dass das Gros der Hilfe unter der Sonne Afrikas verdunstet ist.“

Kritik an der Entwicklungshilfe ist so alt wie die Hilfe selbst, jetzt aber wird sie immer schärfer formuliert. Experten wie die Sambierin Dambisa Moyo, eine ehemalige Mitarbeiterin der Weltbank, und nun auch Seitz sind sich einig: Noch mehr Geld hilft Afrika nicht, sondern fördert nur Unselbständigkeit und Passivität. Korrupte Eliten, aber auch Entwicklungshelfer bereichern sich an den Geldern. Weltverbesserer wie der

irische Popstar Bono seien deshalb nicht nur naiv, sondern sogar gefährlich, schreibt Seitz. Jahrzehntlang konnte er beobachten, wie dreist sich afrikanische Machthaber an der Entwicklungshilfe bedienen: „Verantwortlich für das heutige Elend des Kontinents sind nicht mehr die Sklaverei und 80

Jahre Kolonialherrschaft.“ Die weißen Kolonialherren seien durch schwarze ersetzt worden, durch eine „habsüchtige Staatsfunktionärsklasse“. Deren Angehörige führen mit pompösen Eskorten durch die Länder, die Scheiben verdunkelt, „damit die Insassen möglichst wenig von dem Elend mitbekommen“. Seitz fordert, die reichen Länder sollten ihr Geld in Zukunft nicht mehr als Budgethilfen überweisen, sondern direkt in Gesundheit, Bildung und Landwirtschaft investieren. Vor allem aber müssten die Geber ernsthaft kontrollieren, was mit ihren Spenden geschehe: „Erst wenn grassierende Probleme von Korruption und Amtsmissbrauch ernsthaft angepackt wurden, darf es noch mehr materielle Hilfe geben.“

Volker Seitz: „Afrika wird armregiert oder Wie man Afrika wirklich helfen kann“. dtv, München; 220 Seiten; 14,90 Euro.



ABOLFAZL NESAI / DOCUMENT IRAN / CORBIS

Wachen vor dem Evin-Gefängnis

IRAN

Die Trauer einer Mutter

Hunderte Menschen stehen laut Augenzeugenberichten jeden Tag vor dem berüchtigten Evin-Gefängnis in Teheran, der Folterzentrale des Regimes, und erinnern an die Verschwundenen der Proteste. Mindestens 500 Menschen sind in den letzten Wochen verhaftet worden, die wahre Zahl liegt wohl deutlich höher. Das Regime spricht von 20 Todesopfern, Regimegegner wollen von Hallen voller Leichen wissen. Auf die Angehörigen von Ermordeten und Verschwundenen wird nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen massiver Druck ausgeübt. Deshalb trauern sich die wenigsten, an die Öffentlichkeit zu gehen.

Eine Ausnahme ist Parwin Fahimi, eine Mutter, die in ihrem Kampf für das Andenken ihres Kindes selbst zu einem Symbol geworden ist. 26 Tage lang suchte sie nach dem 19-jährigen Sohrab Arabi, der nach einer Demonstration verschwunden war. Erst nach einer Odyssee durch Krankenhäuser und Behörden fand Fahimi seine Leiche. Auf der Beerdigung schrie sie: „Ihr alle wisst es, sie haben meinen Sohn feige getötet. Ich werde meine Geschichte erzählen.“ Inzwischen hat sie der persischen BBC ein Interview gegeben, sie hat den unterlegenen Präsidentschaftskandidaten Hossein Mussawi zu einem Kondolenzbesuch emp-

WEISSRUSSLAND

Spuren zum Massenmord

Ein grausiger Fund könnte zu Verwerfungen zwischen Polen und Weißrussland führen: In den Kellergewölb einer Kapelle im weißrussischen Gleboka haben Bauarbeiter jüngst etwa 30 Skelette entdeckt, womöglich liegen dort einige hundert Tote. Der weißrussische Historiker Igar Kuzniacou ist überzeugt, dass es sich um polnische Soldaten handelt, ermordet von der sowjetischen Geheimpolizei NKWD im Frühjahr 1940. Im September 1939 hatten Hitler und Stalin Polen überfallen, Zigtausende Polen in Uniform fielen der Roten Armee in die Hände. Annähernd 22 000 Menschen ließ Stalin ermorden. Die meisten verscharrte der NKWD im Wald von Katyn in Russland. Die Toten von Gleboka könnten zur Gruppe der noch Vermissten gehören. Polen fordert, dass Weißrussland den Fund untersuchen lässt. Doch das ist ein Problem für

Diktator Alexander Lukaschenko. Sein Regime ist abhängig von russischem Gas. Und wenn es um sowjetische Verbrechen geht, reagiert Moskau allergisch. Tenor: Es sei unklar, ob das Gemetzel nicht vielleicht doch auf das Konto der Nazis gehe. Das war schon mal anders: 1990 hatte Michail Gorbatschow Warschau bereits um Entschuldigung für den Massenmord gebeten.

Leichenfundort in Gleboka



JULIA DARASHKEVICH / AGENCIA GAZETA



Sohrab Arabi

fangen und vor dem Stadtrat von Teheran ausgesagt. Bisher hat das Regime sich nicht getraut, Fahimi zum Schweigen zu bringen. Andere Schicksale, über die im Internet berichtet wird, sind schwieriger zu prüfen – etwa die Geschichte der 28-jährigen Tarane Mussawi, die angeblich auf der Straße verhaftet und später vergewaltigt wurde. Ihre Mutter soll einen Anruf erhalten haben, dass ihre Tochter im Krankenhaus liege. Später soll die junge Frau verkohlt in der Wüste aufgefunden worden sein. Dies sei eine „Geschichte, die gut der Wahrheit entsprechen kann“, sagt Hadi Ghaemi von der International Campaign for Human Rights in Iran. Ende vergangener Woche wurde bekannt, dass auch der Sohn eines Top-Beraters des Präsidentschaftskandidaten Mohsen Resai nach seiner Verhaftung im Evin-Gefängnis starb.

INDIEN

Knochenbrecher in Uniform

Menschenrechtler werfen den Sicherheitskräften der weltgrößten Demokratie systematische Folter vor: Seit 2002 starben 7468 Menschen in Indien durch schwere Misshandlungen auf Polizeiwachen und in Gefängnissen. Bis März 2009 gab es nach einem Bericht des Asian Centre for Human Rights (ACHR) 1184 Opfer in Polizeigewahrsam. Besonders schlimm sind demnach die Zustände in den mindestens 15 sogenannten Verhörzentren des Landes: Die Insassen – ob Kleinkriminelle oder mutmaßliche Terroristen – müssen damit rechnen, verprügelt oder gefoltert zu werden, bevor es überhaupt zu Verhören kommt. Zum Repertoire gehört, ihnen die Beine zu zerquetschen, Knochen zu brechen oder Elektroschocks zu verabreichen. Frauen werden nicht selten vergewaltigt. Wer an der Folter stirbt, wird offiziell zum Selbstmörder erklärt. Sicherheitskräfte in Unruhegebieten wie Kaschmir oder im nordöstlichen Assam haben dank Notstandsverordnungen freie Hand beim Umgang mit

Verdächtigen, auch wenn kein Haftbefehl vorliegt. In kleineren Polizeiwachen werden Festgenommene oft nur deshalb gefoltert, weil sie keine Schmiergelder gezahlt haben.

Indien hat die Uno-Konvention gegen Folter bislang nicht ratifiziert. Trotzdem ist ACHR-Direktor Suhas Chakma zuversichtlich, dass Indien die Konvention nun in absehbarer Zeit verabschiedet, denn Bürgerproteste gegen die staatliche Willkür häufen sich.



Polizeieinsatz in Kaschmir

EUROPA

Blair unerwünscht

Der Vorschlag aus London, Großbritanniens Ex-Premier Tony Blair zum ersten „Präsidenten des Europäischen Rates“ zu küren, stößt in vielen EU-Hauptstädten auf unerwartet heftige Ablehnung. Der neue Amtsträger soll die Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs leiten und der 27-Länder-Union auch international ein Gesicht geben. So sieht es der Lissabonner Reform-Vertrag vor, der allerdings am 2. Oktober noch von einer Mehrheit der Iren akzeptiert werden muss. Bislang werden die Sitzungen der „Chefs“, wie es im EU-Jargon heißt, im halbjährlichen Wechsel von Land zu Land organisiert. Das gibt deren Regenten die Chance, ein Weilchen auf der politischen Weltbühne mitzuspielen. Diesen Glanz, so fürchten manche, würde ein Selbstdarsteller wie Blair ihnen nehmen.



Blair

Vor allem „kleine und mittlere Länder“, konstatiert der amtierende Ratspräsident, Schwedens Premier Fredrik Reinfeldt, seien deshalb „an einer starken Führungspersonlichkeit weniger interessiert“.

Die linken Regierungschefs in Europa mögen den Labour-Mann Blair nicht, weil er sich im Irak-Krieg an die Seite der USA stellte. Proeuropäische Konservative und Liberale wollen keinen EU-Repräsentanten aus einem Land, das weder den Euro eingeführt noch die Kontrollen an seinen Grenzen abgebaut hat. Spaniens Regierungschef José Luis Rodríguez Zapatero fördert seinen Vorgänger Felipe González. Die Vertreter der EU-Großmächte Frankreich und Deutschland, Nicolas Sarkozy und Angela Merkel, haben Blair den Job zwar einst versprochen, weil der den Lissabon-Vertrag vor einem heiklen britischen Referendum bewahrt hatte. Aber die Begeisterung sei beiden inzwischen abhandengekommen, erzählen Insider in Paris und Berlin.